

Stand: 08.02.2026 00:02:56

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15822

"Anstrengungen zur Armutsbekämpfung in Bayern verstärken - gleiche Teilhabechancen für alle ermöglichen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/15822 vom 08.03.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/19305 des SO vom 30.11.2017
3. Beschluss des Plenums 17/19717 vom 13.12.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 120 vom 13.12.2017



Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Susann Biedefeld, Ruth Müller, Johanna Werner-Muggendorfer SPD**

Anstrengungen zur Armutsbekämpfung in Bayern verstärken – gleiche Teilhabechancen für alle ermöglichen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre Anstrengungen zur Armutsbekämpfung in Bayern zu verstärken, um konsequent darauf hinzuwirken, dass die ökonomischen und gesellschaftlichen Teilhabechancen von benachteiligten Bevölkerungsgruppen spürbar verbessert werden.

Dies betrifft insbesondere folgende soziodemografischen Personengruppen, die laut Armutsbericht 2017 des Paritätischen Gesamtverbands, aber auch weiterer Erhebungen (z.B. Sozialberichterstattung der Staatsregierung) deutlich erhöhte sowie überdies größtenteils auch stetig wachsende Armutsgefährdungsquoten aufweisen: Langzeitarbeitslose; Alleinerziehende; Menschen mit niedrigem Qualifikationsniveau; Menschen mit Migrationshintergrund; kinderreiche Familien; Menschen mit Behinderung.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, um den Trend regional wachsender Armutsgefährdung innerhalb Bayerns (insbesondere in mehreren Regionen Frankens) schnellstmöglich umzukehren.

Über die geplanten Maßnahmen in den oben genannten Bereichen berichtet die Staatsregierung dem Landtag mündlich und schriftlich.

Begründung:

Immer wieder zeigen statistische Erhebungen, dass es dem Freistaat Bayern zwar insgesamt wirtschaftlich gut geht, dass hiervon jedoch längst nicht alle Bürgerinnen und Bürger profitieren können. Auch der aktuelle „Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2017“, den der Paritätische Gesamtverband gemeinsam mit anderen Sozialverbänden (unter anderem Bundesverband für körper- und mehrfachbehin-

derte Menschen, Deutscher Kinderschutzbund, Verband alleinerziehender Mütter und Väter) herausgegeben und am 2. März 2017 der Öffentlichkeit vorgestellt hat, kommt zu diesem Schluss. Zwar ist der Bericht im Detail nicht frei von begrifflichen Unschärfen; dennoch bleibt unstrittig, dass die generellen Befunde des Berichts auffällige Übereinstimmungen mit denen anderer Erhebungen aufweisen. Hier sei insbesondere auch die Sozialberichterstattung der Staatsregierung genannt, zuletzt beispielsweise in Form des „Datenreports: Soziale Lage in Bayern 2014“ vom Herbst 2015. Darin heißt es: „So gibt es [...] neben breitem Wohlstand eine Armutsgefährdung, es gibt trotz bester Beschäftigung Langzeitarbeitslose, es gibt Familien in besonders bedrängten Lebenslagen [...].“

Zu den gefährdetsten Personengruppen zählen dabei (sowohl gemäß Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbands als auch gemäß Sozialbericht der Staatsregierung) insbesondere Erwerbslose, Alleinerziehende, Menschen mit niedrigem Qualifikationsniveau, Menschen mit Migrationshintergrund, kinderreiche Familien sowie Menschen mit Behinderung. Exemplarisch sei hier die Gruppe der Alleinerziehenden genannt, die laut Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbands deutschlandweit eine Armutsgefährdungsquote von 43,8 Prozent aufweist, laut Bayerischem Sozialbericht 2014 bayernweit 42,0 Prozent. Der Freistaat hat es bislang weitgehend versäumt, für diese und andere Risikogruppen zielgerichtete Maßnahmen insbesondere zur Stärkung der Erwerbsbiografie zu ergreifen, zum Beispiel zum besseren Schutz vor schlecht bezahlter Arbeit und prekärer Beschäftigung und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Zu letzteren zählt auch ein bedarfsgerechter Ausbau der Betreuungsinfrastruktur. Hier zeigte jüngst der im Februar 2017 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend veröffentlichte Bericht „Kindertagesbetreuung Kompakt – Ausbau und Bedarf 2016“, dass Bayern von diesem Ziel noch immer weit entfernt ist: So betrug die Betreuungsquote von Kindern unter drei Jahren im Jahr 2016 laut Statistischem Bundesamt 27,2 Prozent – wohingegen der tatsächliche Betreuungsbedarf der Eltern bei 42,1 Prozent lag. Die Diskrepanz beläuft sich folglich auf erschreckende 14,9 Prozent.

Die Staatsregierung ist deshalb aufgefordert, ihre Anstrengungen zur Armutsprävention und -bekämpfung der oben genannten Bevölkerungsgruppen deutlich zu verstärken. Hinsichtlich konkreter Maßnahmen sei über die obigen Ausführungen hinaus insbesondere auch auf die Drs. 17/9895 bis 17/9906 verwiesen.

Zudem rückt der Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbands auch das Problem regionaler Armutsgefährdung innerhalb Bayerns in den Fokus: Hier fällt auf, dass die Armutsgefährdungsquoten in einigen (vor allem fränkischen) Regionen nicht nur deutlich erhöht sind, sondern auch stetig anwachsen. Denn während sich die Quote bayernweit auf 11,6 Prozent (2015) beläuft, liegt sie beispielsweise in der Industrieregion Mittelfranken bei 15,6 Prozent. Seit 2012 (12,1 Prozent) ist sie dort zudem jedes Jahr kontinuierlich gestiegen. Auch in den Regionen Bayerischer Untermain und Oberfranken-Ost ist im Vergleich zu den Vorjahren ein deutlicher Anstieg der Armutsgefährdungsquote zu verzeichnen. Diesem Trend hat die Staatsregie-

rung schnellstmöglich entgegenzusteuern, um dem Verfassungsziel gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen endlich gerecht werden zu können.

Auch insgesamt ist die Armutsgefährdungsquote in Bayern laut Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbands erneut angestiegen – zum bereits dritten Mal in Folge. Laut Sozialberichterstattung der Staatsregierung lässt sich gar seit 2006 ein stetiger Anstieg verzeichnen. Die Staatsregierung darf deshalb keine weitere Zeit verlieren, um gleiche Teilhabechancen für die bayerischen Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

**Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth,
Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD**
Drs. 17/15822

**Anstrengungen zur Armutsbekämpfung in Bayern verstärken -
gleiche Teilhabechancen für alle ermöglichen!**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Angelika Weikert**
Mitberichterstatte: **Thomas Huber**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 75. Sitzung am 30. November 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Susann Biedefeld, Ruth Müller, Johanna Werner-Muggendorfer SPD**

Drs. 17/15822, 17/19305

Anstrengungen zur Armutsbekämpfung in Bayern verstärken – gleiche Teilhabechancen für alle ermöglichen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Angelika Weikert

Abg. Thomas Huber

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Kerstin Celina

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 28 und 29** auf:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Altersarmutsgefährdung ernst nehmen - Bayerisches Konzept auf den Weg bringen! (Drs. 17/15852)

und

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. (SPD)

Anstrengungen zur Armutsbekämpfung in Bayern verstärken - gleiche Teilhabechancen für alle ermöglichen! (Drs. 17/15822)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Verteilung der Redezeiten darf ich als bekannt voraussetzen. Erster Redner ist Kollege Dr. Fahn. Bitte schön.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Warum behandeln wir dieses Thema heute noch mal im Landtag? – Zum einen handelt es sich um ein sehr aktuelles Thema, selbst PLENUM.TV berichtete darüber. Zum anderen haben wir unseren Antrag umformuliert. Aktuelle Zahlen der Hans-Böckler-Stiftung aus dem Jahr 2017 beweisen eindrucksvoll, was es für Menschen bedeutet, unterhalb der offiziellen Armutsgrenze zu leben. Rund 53 % dieser Haushalte können sich keinen einwöchigen Urlaub leisten. Rund 32 % leiden in ihren Wohnungen, sofern vorhanden, unter Lärm aus der Umgebung, 21 % haben Feuchtigkeit oder Fäulnis in der Wohnung, 15,4 % – das sind die Zahlen in Zeiten der Digitalisierung – haben keinen Internetanschluss, und 17 % können nicht ausreichend heizen. Speziell ältere Menschen, die all ihr Lebtag von ihrem Ersparten lebten und beispielsweise in der Landwirtschaft oder in der Gastronomie gearbeitet hatten, stehen vor dem Problem der Altersarmut. Da sie zu wenig oder fast gar nichts

in die Rentenkasse eingezahlt haben, stehen diese Leute im Alter sprichwörtlich vor dem Nichts. Das ist keine Skandalisierung, sondern einfach Fakt.

Auch in Bayern sind die Altersarmut und die Altersarmutsgefährdung ein Problem, welches nicht kleingeredet werden darf. Sogar im Jahr 2015 waren noch 16,7 % der Über-65-Jährigen von Altersarmut bedroht. Heute will ich es relativ kurz machen, weil wir den Antrag im Sozialausschuss bereits behandelt haben. Zusammenfassend kann man sagen, dass zu geringes Einkommen, eine schlechte Bildung, geringe Erwerbstätigkeit – Arbeitslose, Mütter –, Singledasein oder sogar Selbstständigkeit Ursachen für Altersarmut sind.

Wichtig sind auch die Zahlen aus dem Sozialbericht 2017. Wir benötigen eine gezielte Bestandsaufnahme und einen Überblick über bereits getroffene Maßnahmen. Deshalb haben wir unseren Antrag insgesamt umformuliert. Er lautet jetzt:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über die Daten und Fakten zur Altersarmut aus dem Sozialbericht sowie zu bereits ergriffenen Maßnahmen zielgerichtet in mündlicher und schriftlicher Form zu berichten, um dann aufgrund des gegebenen Berichts erforderliche weitere Maßnahmen zum Abbau der Altersarmut einzuleiten.

Ein mündlicher Bericht ist uns wichtig, damit wir im Sozialausschuss darüber diskutieren können.

Wir wünschen uns auch, dass im Verlauf der parlamentarischen Beratungen – diese beginnen mit dem Bericht im Sozialausschuss – auch die Sozialverbände und die kommunalen Spitzenverbände eingebunden werden. Ihre Positionen zum Thema Altersarmut sind uns sehr wichtig: Altersarmut darf in einem reichen Bayern nicht zur Gewohnheit werden. Der Ausspruch unseres – bald früheren – Ministerpräsidenten Seehofer, Bayern sei die Vorstufe zum Paradies, wird nach dem Bericht der Staatsregierung wohl der Vergangenheit angehören. Wir bitten um Zustimmung zu unserem

Antrag, den wir verändert haben, damit wir das Thema zielgerichtet im Sozialausschuss diskutieren können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Dr. Fahn, herzlichen Dank. – Für die SPD-Fraktion darf ich Frau Kollegin Weikert das Wort erteilen. Bitte schön.

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Leider habe ich durch das Gemurmel hier im Saal die Umformulierung von Herrn Fahn nicht verstanden. Bei mir ist angekommen, dass er seinen Antrag in einen Berichtsantrag umwandelt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

– So ist das zumindest bei mir angekommen. Wenn es anders ist, müsste ich aufgeklärt werden.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin, vor der Abstimmung werde ich das noch einmal vortragen.

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) – Alles klar. – Kolleginnen und Kollegen, das Thema dieses Antrages begleitet uns schon zwei Tage, angefangen von der Aktuellen Stunde über die Einbringung des Nachtragshaushalts bis hin zu den Dringlichkeitsanträgen. Überall war die Armutsgefährdung in Bayern Thema. Insofern kann ich mich bei diesem Thema kurz fassen. Ich verweise auf das Protokoll und insbesondere auf die Beiträge meiner Kolleginnen und Kollegen Natascha Kohlen, Doris Rauscher, Harald Güller und aller anderen, die dazu gesprochen haben.

Ich will vielleicht noch einen Aspekt nennen, der noch nicht so stark zur Sprache kam. Frau Staatsministerin, es geht nicht nur um die Armut und die Armutsgefährdung von bestimmten Personengruppen. Das ist das eine. Das kam in der Diskussion ausdrücklich zur Geltung. Es gibt auch eine stärkere Armutsgefährdung innerhalb der Regie-

rungsbezirke. Das wissen Sie. Das wurde im Sozialbericht herausgearbeitet. Weil ich aus Nürnberg komme, möchte ich daran erinnern, dass wir in Mittelfranken die höchste Armutsgefährdungsquote haben. Deshalb bedarf es dort besonderer Anstrengungen.

Kolleginnen und Kollegen, als wir über den Antrag im Sozialausschuss diskutiert haben, ist uns von der CSU-Fraktion angeboten worden, das Ganze in einen Berichtsantrag umzuwandeln. Dem haben wir nicht zugestimmt. Wir wollen es auch heute nicht tun. Hintergrund dieses Antrages ist, dass der Bericht zur sozialen Lage in Bayern, der jetzt auch schon wieder ein Dreivierteljahr alt ist, nicht in den Schubladen der Abgeordnetenbüros oder in den Schubladen der Ministerien verschwinden, sondern die Grundlage für die weitere Arbeit der Staatsregierung in Bayern sein soll. Wir fordern von der Staatsregierung ein Bündel von Maßnahmen. Die Instrumente wurden genannt. Diese Instrumente sind: Erwerbsbiografie, kostenlose Bildung, Kita-Zugang und vieles mehr. Diese Dinge wurden hier ausreichend diskutiert. Wir wollen nicht nur Berichte. Wir wollen auch keinen Bericht über den Bericht zur sozialen Lage. Wir wollen von Ihnen ein Maßnahmenpaket, wie Sie das Thema Armut in den nächsten Jahren in Bayern angehen. Deshalb sind wir auf das Angebot im Sozialausschuss nicht eingegangen. Wir wollen heute eine Abstimmung über unseren Antrag. Ich kann Sie nur auffordern, unserem Antrag zuzustimmen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr, Frau Kollegin Weikert. – Jetzt hat Herr Kollege Thomas Huber für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Thomas Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir begrüßen es, dass sich die SPD und die FREIEN WÄHLER ebenso wie wir Gedanken darüber machen, wie wir im reichen Bayern – Bayern hat erfreulicherweise die niedrigste Zahl an Armen und von Armut gefährdeten Menschen in ganz Deutschland – denjenigen Menschen helfen können, die im Alter nicht genügend Geld zur Verfügung haben oder haben werden, um ihren Lebensstandard so zu gestalten, wie sie sich das selbst vorstellen.

Nicht nur gestern in der Aktuellen Stunde, sondern auch heute in der Debatte um den Nachtragshaushalt wurde deutlich, dass wir die komplementären Themen Altersarmut und Armutsgefährdung sehr ernst nehmen. Bayern hat in vielen sozialen Bereichen im Rahmen seiner Zuständigkeit sehr viel investiert, um den Menschen zu helfen, die sich nicht selbst helfen können. Auch unser Finanzminister hat heute gesagt, dass es in Bayern nicht nur Glitzer und Glamour gibt. Wir haben deshalb das Ziel, die Zahl der Armen und die Zahl derer, die von Armut gefährdet sind, weiter zu senken. Ich weiß, das ist ein ehrgeiziges Ziel. Wir haben uns aber auch bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit insgesamt und insbesondere bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vor vielen Jahren sehr ehrgeizige Ziele gesetzt. Diese Ziele haben wir tatsächlich erreicht. Warum sollten wir das nicht auch bei der Bekämpfung der Armut oder bei der Altersarmut schaffen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme aus einem Landkreis im Ballungsraum München, aus Ebersberg. Deshalb weiß ich aus vielen Gesprächen, auch im eigenen Verwandten- und Bekanntenkreis, aber auch aus der eigenen Familie, dass viele Menschen gerade in den Ballungsräumen im Alter Gefahr laufen, in die Altersarmut abzurutschen, oder sie sind bereits dort angekommen. Daran ist zum großen Teil die enorme Steigerungsrate bei den Mieten und beim Grunderwerb in München schuld. Laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft vom Februar 2017 wird der Wohnungsmangel im Ballungsraum München dadurch verschärft – das haben wir auch heute schon gehört –, dass insgesamt zu wenig und am Bedarf vorbei gebaut wird.

Die CSU Oberbayern hat deshalb eine Ballungsraum-Initiative erarbeitet, in der wir eine Reihe von konkreten Lösungsvorschlägen für die staatlichen Ebenen und für die Kommunen machen, um die Ballungsräume zu entlasten. Einige Kernpunkte, die auch der Armutsgefährdung vorbeugen sollen, sind beispielsweise: die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, gerade für niedrige und mittlere Einkommen – das müssen vor allem die Kommunen umsetzen –, die Förderung von Wohnungsbau, die Förderung des Betriebswohnungsbaus und die Förderung von Wohneigentum. Hier verweise ich

auf das umfangreiche Programm der Staatsregierung zur Wohnraumförderung. Als Hilfestellung zur Umsetzung für die Kommunen und zur Mobilisierung von Bauland werden steuerliche Entlastungen für Landwirte genannt, damit diese Grundstücke zur Verfügung stellen können. Dafür ist der Bund zuständig. Oder ich verweise auf den heutigen Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend: "Wohnungsbau nicht blockieren – Keine Verschärfung der Energieeffizienzrichtlinie". Die Zuständigkeit dafür liegt aber bei der Europäischen Union.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hinzu kommt, dass wir uns in ganz Bayern um die Personengruppen kümmern müssen, die am stärksten von Armut gefährdet sind: Erwerbslose, Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Menschen mit niedrigem Qualifikationsniveau, Menschen mit Migrationshintergrund, kinderreiche Familien, Menschen mit Behinderungen, Mütter, die einen Großteil ihres Lebens nicht gearbeitet, sondern ihre Kinder erzogen haben. Wer den Vierten Sozialbericht genau liest, der sieht, dass der Freistaat Bayern in seiner Zuständigkeit genau an diesen Punkten ansetzt. Ich habe einige Beispiele dazu aufgeführt, unter anderem die Wohnraumförderung. Ein Bereich, für den der Freistaat nicht zuständig ist, sich aber trotzdem dafür einsetzt, ist die Mütterrente. Sie wissen, der erste Schritt ist in der letzten Großen Koalition vollzogen worden. Bei den jetzigen Verhandlungen hätten wir gern den zweiten Schritt, um auch die Lebens- und Erziehungsleistungen der Mütter weiter noch gerecht zu honorieren. Dabei habe ich die Hoffnung, liebe SPD, dass Sie bei den Verhandlungen zur GroKo

(Zuruf von der SPD)

– ich rede von der GroKo, der Großen Koalition, und nicht von der KoKo, der Kooperationskoalition, mit der Sie sich nur durchschummeln wollen: einerseits Regierung, andererseits Opposition –

(Beifall bei der CSU)

in Berlin endlich Farbe bekennen und den Worten, die Sie hier im Landtag vortragen, auch Taten folgen lassen.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Sie haben gar nichts zu fordern! – Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, damit bin ich jetzt schon beim Bund, der für viele, nein, für die meisten sozialpolitischen Maßnahmen und Reformüberlegungen, in denen Menschen von Armut gefährdet sind, zuständig ist. Ich nenne dazu nur ein paar Beispiele. Nehmen wir die Verbesserung der Erwerbsminderungsrente, großzügigere Freibeträge in der Grundsicherung für Zusatzrenten, den Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge, eine vereinfachte und transparente Ausgestaltung der Riesterrente, eine bessere Absicherung von Selbstständigen, stabile Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung und vieles mehr. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, hier muss ich schon sagen: Wer war denn in den letzten Jahren in den maßgeblichen Ministerien für Soziales, Arbeit und Familie zuständig? – Dazu sage ich nur drei Namen: Frau Barley, Frau Nahles und Frau Schwesig.

(Volkmar Halbleib (SPD): Und wer hat uns gebremst? – Die CSU!)

– Sicherlich nicht, Herr Kollege.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist scheinheilig! Das ist die CSU!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stelle mir hier

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

unter einer kraftvollen Politik, die gestern von Ihnen eingefordert wurde – –

(Volkmar Halbleib (SPD): Permanent scheinheilig!)

– Seien Sie staad, hören Sie bitte schön zu. Dann lernen Sie noch ein bisschen was.

(Volkmar Halbleib (SPD): Vielleicht von Ihrer Scheinheiligkeit?)

Ich stelle mir vor, dass die SPD in Berlin endlich im eigenen Zuständigkeitsbereich anpackt,

(Markus Rinderspacher (SPD): Wer führt seit 60 Jahren das Sozialministerium in Bayern?)

und nicht nur hier im Bayerischen Landtag immer mit dem Finger auf die CSU deutet. Ich glaube, der Sozialbericht beweist, dass hier einiges geleistet wird.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben in Berlin aber nichts gemacht!)

Fakt ist, dass wir Armut nur mit einem vielschichtigen Geflecht von ineinandergreifenden präventiven, auch ausgleichenden Maßnahmen, auf allen Ebenen erfolgreich bekämpfen können. Deshalb ist der Vorschlag eines auch organisatorisch sehr zeitaufwendigen bayerischen Gesamtkonzepts von Maßnahmen seitens staatlicher oder verbandlicher Akteure in Bayern nicht hilfreich. Das gilt, zumal es das auf Bundesebene, wo Sie, wie ich bereits besagt habe, Verantwortung getragen haben, auch nicht gibt. Es bedarf deshalb nicht eines Konzeptes, wie es in den beiden Anträgen von SPD und FREIEN WÄHLERN gefordert wird.

Im Sinne der Betroffenen ist es wesentlich besser und effizienter, auch effektiver, wenn uns die Staatsregierung im zuständigen Sozialausschuss über die Umsetzung der im Sozialbericht genannten Maßnahmen einen aussagekräftigen Bericht erstattet und darlegt, welche Maßnahmen geplant, ergriffen oder bereits umgesetzt sind. Der Bericht erlaubt es dann wiederum uns Abgeordneten, dort, wo es möglich ist, an den Stellschrauben zu drehen. Diesem Vorschlag haben Sie, liebe SPD, sich im Sozialausschuss leider entzogen. Für meine Fraktion kann ich Ihnen versichern, dass wir uns auch in Zukunft immer wieder aufs Neue darüber Gedanken machen werden, wie wir denjenigen helfen können, die an unserem insgesamt gesehen sehr breiten Wohlstand in Bayern nur in geringerem Maß partizipieren. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Menschen in Bayern auch künftig ein Höchstmaß an sozialer Sicherheit genießen können. Unser Ziel ist es, dass der Anteil der Menschen, die in Bayern Leistungen der staatlichen Mindestsicherung in Anspruch nehmen, deutlich niedriger sein wird als in allen anderen deutschen Ländern.

Deshalb freuen wir uns über den Sinneswandel der FREIEN WÄHLER. Wir stimmen dem geänderten Berichtsantrag zu und lehnen den SPD-Antrag in der vorliegenden Fassung ab. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche allen, ausnahmslos allen ein gesegnetes Weihnachtsfest. Ich verbinde damit die Hoffnung, dass unser Wunsch in Erfüllung geht und wir das große Ziel, die Bekämpfung der Altersarmut, gemeinsam erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Huber. – Frau Kollegin Weikert hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Kollege Huber, bei den zurückliegenden Berichten zur sozialen Lage gab es immer ein Begleitgremium. Das gibt es dieses Mal auch. Frau Staatsministerin, Sie wissen das. Dieses Begleitgremium hat an einem Maßnahmenkatalog gearbeitet. Dieser Katalog enthält ein ganzes Bündel von Maßnahmen, die die bayerische Politik betreffen. In diesem Katalog sind aber auch Forderungen enthalten, die Bayern bzw. die CSU in Berlin einbringt. Nichts anderes wollen wir mit unserem Antrag erreichen. Wir wollen, dass die Staatsregierung eben genau so ein Bündel an Maßnahmen vorlegt. Wir können dann im Ausschuss immer wieder darüber reden, welche Maßnahmen aufgegriffen und umgesetzt worden sind. Das ist der Hintergrund. Deshalb waren wir mit einem reinen Berichtsantrag, den Sie uns auch heute wieder angeboten haben, nicht einverstanden. Wir wollen genau wissen, was die Staatsregierung tut. Wir wollen diese Punkte im Sozialausschuss inhaltlich abarbeiten. Mir war klar, dass Sie den Vorschlag von Herrn Fahn aufnehmen und den Antrag der FREIEN WÄHLER, einen Berichtsantrag, annehmen. Das haben Sie im Ausschuss auch schon getan. Das ist also kein Zugeständnis. Dafür hätten wir die heutige Debatte nicht gebraucht.

Thomas Huber (CSU): Frau Kollegin Weikert, bei Letzterem gebe ich Ihnen recht: Die Debatte hätte es wirklich nicht gebraucht. Wir haben das Angebot bereits im Sozial-

ausschuss gemacht. Wir sind heute genauso weit wie damals im Sozialausschuss. Bloß bei den FREIEN WÄHLERN ist mittlerweile die Vernunft eingekehrt, bei Ihnen jedoch nicht. Wir wollten, dass die Staatsregierung darüber berichtet, welche Maßnahmen angedacht sind und welche Maßnahmen ergriffen werden sollten, um die Probleme, die im Vierten Sozialbericht beschrieben sind, gemeinsam lösen zu können.

Ganz ehrlich: Was bringt uns ein bayerisches Gesamtkonzept, wenn für die meisten Fälle, die ich Ihnen vorhin beispielhaft aufgezählt habe, der Bund zuständig ist? – Wir brauchen kein bayernweites Konzept. Wir brauchen ein Bündel an Maßnahmen, und die rekrutieren sich aus den Maßnahmen, die im Vierten Sozialbericht der Staatsregierung stehen. Sie müssen das bloß nachlesen! Die Staatsregierung wird uns sicherlich darüber berichten, was bereits getan wurde und welche Maßnahmen noch angestrebt werden, um die Probleme, die wir alle erkennen, in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt haben wir noch eine Zwischenbemerkung. – Frau Kollegin Schmidt, bitte schön.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Kollege Huber, ich habe das zwar noch nie gemacht, aber ich möchte Sie einfach berichtigen. Die Vernunft ist bei uns nicht eingekehrt. Die Altersarmut gibt es in Bayern. Wir wollten Ihnen die Chance zur Vernunft lassen. Lassen Sie das einfach auf sich wirken. Die Altersarmut gibt es nämlich in Bayern. Sie haben es ja auch abgelehnt, die Obdachlosenzählung im Winter vorzunehmen. Unter den Obdachlosen sind es vor allem ältere Menschen. Vor allem ältere Menschen nutzen das Angebot der Tafeln. Es gibt die Altersarmut in Bayern. Wir wollten Ihnen die Gelegenheit dazu geben, Maßnahmen zur Bekämpfung der Altersarmut einzuleiten. Der große Schritt ist nicht gelungen. Deshalb haben wir Ihnen den kleinen Schritt angeboten. Danke, Herr Huber, dass Sie da mitmachen. Wir wollten das nicht so stehen lassen. Vernünftig ist es auch, wenn man ein-

sehen kann, dass der andere noch nicht so weit ist. Diese Vernunft ist bei uns sehr wohl eingekehrt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der CSU)

Thomas Huber (CSU): Liebe Kollegin Schmidt, Sie verdrehen hier die Tatsachen. Die Erkenntnisse zur sozialen Lage stehen im Vierten Sozialbericht. Sie müssen uns diese nicht erst unterbreiten. Ich habe Ihnen vorhin die Gemeinsamkeiten und auch ganz klar die Unterschiede aufgezeigt. Wir wollen kein großes Konzept, an dem wir monatelang arbeiten. Wir wollen die ergriffenen und weitere Maßnahmen, die sich daraus ableiten, jetzt kennenlernen und anpacken. Wir alle wissen, wie schwierig die Situation in den von mir genannten Bereichen ist. Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Wir wissen, dass wir wirtschaftlich ein sehr starkes Land sind. Wir kennen die wirtschaftlichen Kennzahlen unseres Landes. Wir wissen aber auch, dass nicht jeder an diesem Wohlstand gleichermaßen teilhaben kann. Deshalb haben wir Ihnen dieses Angebot unterbreitet, nicht Sie uns. Das haben wir bereits im Sozialausschuss getan. Der Kollege Hans Jürgen Fahn ist Gott sei Dank dem Wunsch nachgekommen, dass wir auch diese Information erhalten. Wir hätten das natürlich auch selber gemacht. Wir freuen uns natürlich über eine vernünftige Unterstützung von den Kolleginnen und Kollegen. Frau Schmidt, lassen Sie sich einfach von Ihren Kollegen aufklären, wenn Sie noch nicht mitbekommen haben, wie weit wir sind.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön Herr Kollege Huber. – Jetzt darf ich der Kollegin Celina das Wort erteilen. Bitte schön.

Kerstin Celina (GRÜNE): Liebe Kollegen und Kolleginnen! Es war spannend, die bisherige Auseinandersetzung über diesen einen Berichts Antrag zu verfolgen. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass wir vom Weihnachtsfrieden doch noch ein ganzes Stück entfernt sind. Es geht um einen Bericht zu den Ursachen für Armut bzw. Altersarmut. Natürlich ist der Sozialbericht wichtig. Liebe Kollegen der SPD, hier haben Sie

recht. Dieser darf nicht in der Schublade verschwinden. Aber dem umformulierten Antrag der FREIEN WÄHLER jetzt nicht zuzustimmen, finde ich schon etwas kniefieselig, um das einmal so zu sagen. Natürlich ist ein Konzept wichtig. Ich würde mir wünschen, dass sich die CSU-Fraktion auch bei Ihrem Antrag bewegt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir stimmen ja zu! Frau Kollegin, den Berichtsanträgen stimmen wir zu.)

– Das habe ich vorhin aber anders verstanden. Na gut, dann habe ich es falsch verstanden.

(Volkmar Halbleib (SPD): So schnell kann es mit dem Weihnachtsfrieden gehen!)

– Dann sind wir dem gemeinsamen Weihnachtsfrieden doch näher, als ich dachte. Woraus speist sich denn die Altersarmut? – Hierfür gibt es wesentliche Ursachen. Das eine sind die sogenannten unterbrochenen Erwerbsbiografien. Die haben Leute, in deren Lebenslauf Zeiten von Arbeitslosigkeit oder Erwerbsunfähigkeit, dauerhaft oder vorübergehend, enthalten sind. Das sind Menschen, die wegen Care- oder Pflegearbeit für Kinder oder Eltern für eine gewisse Dauer eine Auszeit von der Arbeitswelt nehmen müssen. All diese Personengruppen sind von Altersarmut bedroht. Diejenigen, die nur wenige Jahre in Vollzeit gearbeitet haben, trifft Altersarmut ganz besonders.

Die Altersarmut ist weiblich. In der letzten Debatte haben wir es mitbekommen: Durchschnittlich bekommen Männer 60 % mehr Rente als Frauen. Männer haben eine Durchschnittsrente von etwa 1.000 Euro, Frauen von etwa 600 bis 650 Euro. Die Altersarmut ist vor allem weiblich. Dies hängt damit zusammen, dass viele Frauen teilweise jahrelang nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Ein niedriges Gehalt führt zu niedrigen Rentenbeiträgen und damit zu einer niedrigen Rente. Auch hier müssen wir an den Ursachen ansetzen. Die Menschen, die ein niedriges Gehalt beziehen, sind prädestiniert dafür, in Altersarmut zu landen.

Es geht aber nicht nur um die Einnahmen, sondern auch um die Ausgaben. In den letzten beiden Tagen haben wir über verschiedene Themen wie Miete oder Lebenshaltungskosten diskutiert. In diesen Bereichen finden sich zahlreiche Ansatzpunkte. Man muss sich bewusst machen, dass vor allem die Menschen, die alleine einen Haushalt führen, besonders von Altersarmut betroffen sind. Das können junge Alleinerziehende oder alleinstehende Rentnerinnen und Rentner sein. Wer für seine Wohnung, sein Auto oder seine Zeitung alleine aufkommen muss, der ist prädestiniert dafür, in Altersarmut zu landen. Bei diesen Ursachen müssen wir genauer hinschauen. Daher ist der Berichts Antrag der FREIEN WÄHLER der richtige.

Ich möchte einen letzten Satz dazu sagen: Ich engagiere mich in Würzburg beim Projekt "Liebe im Karton". Wir sind eine Gruppe von etwa 50 Leuten, die für die Kunden der Tafel in Würzburg und in Karlstadt ein Weihnachtspäckchen packen. Dieses Projekt macht einem erst einmal bewusst, wie viele Menschen die Tafel in Anspruch nehmen. Wir bewegen uns hier im ganz hohen dreistelligen Bereich. Das sind Familien mit Kindern, Familien ohne Kinder, Ältere, Jüngere. Es ist aus jedem Bereich jemand dabei. Die Ursachen sind immer wieder mal die Gleichen. Da hinzugucken und da genau die Ursachen zu erforschen, darauf freue ich mich. Ich freue mich darauf, dass wir dann die Debatte im Ausschuss weiterführen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Celina, im letzten Moment hat der Kollege Fahn noch eine Zwischenbemerkung angemeldet.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich möchte es ganz kurz machen. Ich bedanke mich, dass auch die GRÜNEN dem Berichts Antrag zustimmen, weil aus diesem Berichts Antrag weitere Maßnahmen entstehen werden. Sie haben es aber abgelehnt, Frau Weikert. Deswegen müssen Sie jetzt mal ruhig sein. Es wird mündlich und schriftlich berichtet. Das heißt, wir können im Sozialausschuss weiterdiskutieren. Dann steht drin – Frau Weikert, Sie haben es nicht gehört –,

"um dann aufgrund des gegebenen Berichts erforderliche weitere Maßnahmen zum Abbau der Altersarmut einzuleiten". Das ist im Prinzip in die Zukunft gerichtet. Deswegen ist es nicht nur ein Berichtsantrag, sondern wir können danach weiterdiskutieren. Aber der Ausgangspunkt ist der Berichtsantrag. Das wollte ich nur sagen. Nochmal danke, dass die GRÜNEN zustimmen.

Kerstin Celina (GRÜNE): Vielleicht da noch ganz kurz eine Erwiderung: Die Tücke liegt natürlich im Detail. Bei der Verabschiedung gemeinsamer Anträge mit der CSU mit dem Ziel, die Ursachen tatsächlich konkret anzugehen, haben wir in den letzten drei Jahren gelernt, dass alle die Maßnahmen, die wir als Oppositionsfraktionen vorschlagen, wenn sie richtig konkret werden, eher selten angenommen werden. Daher hat die SPD schon recht, wenn sie sagt, ein Konzept oder konkrete Dinge wären wichtig. – Die Wahrscheinlichkeit, dass wir uns ein halbes Jahr vor der Landtagswahl mit einer friedlichen CSU zusammenfinden, um hier gemeinsam Maßnahmen festzulegen, halte ich für gering. Insofern, Frau Weikert, hatten Sie schon recht.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Celina. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung. Von der Fraktion FREIE WÄHLER wurde ein Änderungsantrag gestellt. Der Antrag lautet dann wie folgt:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über die Daten und Fakten zur Altersarmut aus dem Sozialbericht sowie zu bereits ergriffenen Maßnahmen zielgerichtet in mündlicher und schriftlicher Form zu berichten, um dann aufgrund des gegebenen Berichts erforderliche weitere Maßnahmen zum Abbau der Altersarmut einzuleiten.

Wer dem Antrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/15852 in der eben vorgetragenen geänderten Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

– Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist dem Antrag in der geänderten Fassung zugestimmt.

Jetzt folgt die Abstimmung über den SPD-Antrag. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 17/15822 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD, FREIEN WÄHLERN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist dann die CSU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.